

20. Konstruktion des Surveys, Pre-Test, Erhebung

20.1 Geistige Behinderung als Differenzkategorie

Ausgehend von den obigen Überlegungen wurde der letztlich erhobene Survey entworfen. Er deckt vier Lebensbereiche ab: Freizeit, Arbeit, Wohnen und Schule. Mit Blick auf das formulierte Erkenntnisinteresse wird deutlich, dass sich dieses in mehrerlei Hinsicht als sehr komplex darstellt. Einerseits sollen möglichst alle zentralen Bereiche des Lebens abgedeckt werden, andererseits bezieht sich Inklusion – insbesondere in ihrem Verständnis als gesamtgesellschaftliche Herausforderung – auf einen äußerst heterogenen Personenkreis, mit je unterschiedlichen Voraussetzungen und Erfahrungen (beispielsweise Menschen mit Behinderung, Menschen mit Fluchtmigrationshintergrund oder auch Menschen mit Demenz). Um den je konkreten Lebenskontexten der verschiedenen Personen, die als primäre Zielgruppe sogenannter inklusiver Maßnahmen definiert werden können, zumindest in Ansätzen gerecht zu werden beziehungsweise diese im Rahmen der Auswertung zu berücksichtigen, wäre es nötig, für jeden einzelnen Personenkreis, der gegenwärtig in irgendeiner Art und Weise von Ausschluss betroffen ist, je eigene Fragen zu den jeweiligen Lebensbereichen zu stellen, um überhaupt so etwas wie eine differenzierte Bearbeitung des Surveys durch die Gesamtbevölkerung zu ermöglichen. In diesem Sinne finden sich beispielsweise verschiedene Studien, die darauf hinweisen, dass die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Personenkreis dazu führen kann, dass sich die Offenheit beziehungsweise Ablehnung von inklusiven Prozessen unterschiedlich darstellt. So konstatieren zum Beispiel Scholz und Rank (2016, S. 60ff), dass angehende LehrerInnen inklusiven Prozessen dann aufgeschlossener gegenüberstehen, wenn es sich dabei um Personen mit tendenziell geringeren lebenspraktischen Einschränkungen handelt – etwa Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen. Dementgegen positioniert sich die befragte Personengruppe weitaus kritischer, sobald es um Personen geht, denen gemeinhin höhere lebenspraktische Einschränkungen zugeschrieben werden – etwa Menschen mit sogenannten herausfordernden Verhaltensweisen und/oder »geistiger Behinderung« (Scholz und Rank 2016, S. 60ff)¹. Der Anspruch,

¹ Ähnliche Ergebnisse finden sich an anderer Stelle (Forlin et al. 1996; Avramidis und Norwich 2002; Kuhl und Walther 2008; Gebhardt et al. 2011; Lindemann 2016, S. 6ff; Schwab und Seifert 2015, S. 75).

sowohl der Heterogenität der Lebenswelt (vertreten durch die Differenzierung nach Lebensbereichen) als auch der Heterogenität der von Ausschluss betroffenen Personen gerecht zu werden, würde den Umfang des Surveys um ein Vielfaches ausweiten und damit letztlich, aufgrund des massiv erhöhten Zeitaufwands der Beantwortung, auch den erwarteten Rücklauf beziehungsweise die Anzahl der vollständigen Beantwortungen deutlich schmälern. Damit der breite Lebensfeldbezug aufrechterhalten werden konnte, wurde sich für die Auswahl eines einzigen Personenkreises als Referenzpunkt für die Beantwortung der Fragen entschieden. Die Auswahl fiel dabei auf Menschen, die entlang gesellschaftlicher Klassifikationssysteme als ›geistig behindert‹ gelten. Begründet liegt diese Auswahl darin, dass es oftmals gerade diese Personen sind, denen – wie oben bereits dargestellt – im Kontext der Einstellung zu Inklusion verstärkt Ablehnung entgegengebracht werden. Ausdruck dessen ist unter anderem die gelegentlich hervorbrachte Mahnung, Menschen mit ›geistiger Behinderung‹ dürften nicht zu sogenannten ›InklusionsverliererInnen‹ werden (Becker 2016a, S. 33; Schäper 2015), was als Kritik an einer ›Tendenz des Übergehens‹ verstanden werden kann (siehe hierzu auch Graumann 2016, S. 56; Trescher 2017a, S. 262f, 2017f, S. 197ff, 2015b, S. 329ff). Es wurde sich also für einen Personenkreis entschieden, der nicht selten als potenzielle »Grenze von Inklusion bzw. ›Inkludierbarkeit‹« (Trescher und Börner 2016, o.S.) gehandelt wird und als besonders von Ausschluss bedroht oder betroffen gilt. Angesichts dessen, dass sich Inklusion (zumindest im hier zugrunde gelegten Verständnis) explizit von Zuschreibungen wie inkludierbar beziehungsweise nicht inkludierbar distanziert, erscheint die Fokussierung eines besonders von Ausschluss gefährdeten Personenkreises bedeutsam, um sich der Frage zu nähern, wie sich Menschen der Gesamtbevölkerung zu Inklusion positionieren.

20.2 Zur Konstruktion und Testung des Fragebogens

Ziel des Surveys war, wie oben dargelegt, die Einstellung(en) der Gesamtbevölkerung Deutschlands zu Inklusion zu beforschen. Zentrale Referenzkategorien der Einstellungsforschung waren die Lebensbereiche Wohnen, Arbeit, Freizeit und Schule² sowie die Personengruppe Menschen mit sogenannter

2 Da der Lebensbereich Schule sich in der Auswertung als nicht relevant für die Einstellungsmessung zu Inklusion herausstellte, wird in diesem exemplarischen Einblick in die Ergeb-

geistiger Behinderung. Forschungspraktisch wurden zu jedem Lebensbereich Thesen formuliert, zu denen sich die am Survey teilnehmenden Personen verhalten sollten. Hierfür wurden unipolare Likert-Skalen mit einem Ratingspektrum von 1 bis 7 (1 = Stimme überhaupt nicht zu; 7 = Stimme voll und ganz zu) konstruiert und den Thesen beigelegt. Im Kern wurden die Thesen so gestaltet, dass sie, abgesehen von ihrem je kontextspezifischen Bezug, gleich beziehungsweise (möglichst) ähnlich formuliert waren, um eine spätere Gegenüberstellung der Lebensbereiche zu ermöglichen. Gearbeitet wurde dabei entlang eines festgelegten Kategoriensystems, anhand dessen die Thesen inhaltlich ausgestaltet wurden. Folgende Kategorien wurden berücksichtigt:

Tabelle 40: Itemkategorien (1)

	Kategorien
1	Unterstützung
2	Engagement
3	Erfordernisse
4	AdressatInnenauswirkung
5	Umsetzung
6	Geteilte Lebenspraxis
7	Protektion
8	Finanzierung
9	Inklusion als Aufgabe
10	Ausgrenzung
11	Veränderungen
12	Schulungsbedarfe
13	Überforderung

Zusätzlich zu jenen lebensbereichsvergleichenden Thesen wurden darüber hinaus Thesen formuliert, die bestimmte Aspekte der einzelnen Lebensbe-

nisse nicht näher auf diesen eingegangen. In weiteren Veröffentlichungen zum Survey werden die deskriptiv-statistischen Ergebnisse berücksichtigt werden, die aus einer Analyse der Zustimmungswerte zu den Items im Bereich Schule hervorgehen.

reiche aufgreifen. Hierüber sollte der Besonderheit der jeweiligen Lebensbereiche entsprochen und über die Ebene des Vergleichs zwischen den Lebensbereichen hinausgegangen werden. Insgesamt wurden sowohl negative als auch positive Formulierungsvarianten für die Thesen gewählt. In seiner ersten Version umfasste der Survey je Lebensbereich 21 Items. Im Anschluss an seine Konstruktion wurde der Fragebogen im Rahmen zweier Pre-Tests erprobt und jeweils überarbeitet. Während es im ersten Pre-Test (N = 100) vor allem um die Formulierung und Verständlichkeit der im Fragebogen offerierten Thesen ging (Beobachtung beziehungsweise Begleitung der Bearbeitung des Fragebogens mitsamt anschließender offener Feedbackgespräche), wurden im Rahmen des zweiten Pre-Tests (N = 370) stärkere Anpassungen vorgenommen. Grundlage hierfür war eine erste Faktorenanalyse, die durch die Offenlegung der latenten Zusammenhänge unter anderem statistisch fundierte Kürzungspotenziale des Fragebogens aufzeigte. Hierüber war es möglich, den Fragebogen zu verdichten und die Bearbeitungszeit zu senken. Zugleich bestätigte die Faktorenanalyse die bereits im Vorfeld bestehende Annahme, dass sich der Lebensbereich Schule nicht mit den anderen drei Lebensbereichen vergleichen lässt³. Im Anschluss an die skizzierten Arbeitsschritte wurde die finale Version des Fragebogens erstellt, wobei sich je Lebensbereich auf 15 Thesen beschränkt wurde. Hinzu kommt ein Abschluss- teil, in dem neben personenbezogenen Daten (Alter, Geschlecht, Postleitzahl, höchster Bildungsabschluss, Hauptbeschäftigung) unter anderem auch nach einem lebensgeschichtlichen persönlichen Kontakt zu Menschen mit Behinderung im Allgemeinen sowie Menschen mit geistiger Behinderung im Besonderen gefragt wird, was mit Blick auf die spätere Auswertung der Daten, gerade in Anlehnung an die sogenannte ›Kontakthypothese‹ (Allport 1954; Cloerkes 2007), als relevantes Kriterium für eine offene beziehungsweise ablehnende Haltung gegenüber der gewählten Thematik eingestuft wurde (Trescher 2015b, S. 118f; siehe Kapitel 6.2). Gleiches gilt für die Frage danach, ob bei der jeweils ausfüllenden Person gegebenenfalls selbst eine (geistige)

3 Während die erstgenannten Bereiche bei den vergleichenden Thesen noch eine einheitliche Struktur aufwiesen, wurde diese im Kontext des Lebensbereichs Schule durchbrochen. Es wurde sich deshalb dafür entschieden, ›Schule‹ im Rahmen der Hauptidehebung separat zu führen und schwerpunktmäßig über lebensbereichsspezifische Thesen zu berücksichtigen, um der identifizierten Sonderstellung zu entsprechen beziehungsweise den Bereich in seiner Besonderheit zu würdigen. Der Lebensbereich Schule wurde deshalb einer ausführlichen Einzelauswertung unterzogen, deren Ergebnisse hier nicht abgebildet sind.

Behinderung vorliegt oder nicht. Die Reihenfolge, in der die einzelnen Lebensbereiche durch die Befragten bearbeitet wurden, wurde randomisiert, um eine mögliche Beeinflussung des Antwortverhaltens (Priming-Effekte), die eine festgelegte Abfolge der Lebensbereiche womöglich mit sich bringen könnte, bestmöglich zu verhindern.

20.3 Haupterhebung

Die Haupterhebung des Surveys erfolgte anhand eines deutschlandweiten Panels, das repräsentativ die Bevölkerung Deutschlands abbildet. Die Befragung wurde in zwei Wellen durchgeführt, in denen – nach Bereinigung des Datensatzes (unter anderem, um sogenannte Erwünschtheitsantworten herauszufiltern) – eine Anzahl von 3695 Teilnehmenden erreicht werden konnte. Die Stichproben wurden zusätzlich zur Quotierung gewichtet (ausgehend von den Merkmalen Alter, Geschlecht und Religion). Die Stichprobe setzt sich zu 49,85 % aus Frauen und zu 49,82 % aus Männern zusammen. 0,32 % der Befragten machten hinsichtlich ihres Geschlechts keine Angabe. Das Durchschnittsalter der Teilnehmenden beläuft sich auf 48,81 Jahre (SD 16,045). Befragt wurden Personen zwischen 18 und 95 Jahren. Nach eigenen Angaben haben 11,64 % der befragten Personen einen Migrationshintergrund. Zum Zeitpunkt der Befragung waren mehr als zwei Drittel der Personen hauptbeschäftigt angestellt (43,09 %) oder im Ruhestand (25,85 %). Etwa die Hälfte (47,01 %) gab an, regelmäßig Kontakt zu Menschen mit Behinderung (nicht nur geistige Behinderung) zu haben. Von diesen wiederum gaben 67,13 % an, regelmäßig Kontakt zu Menschen mit geistiger Behinderung zu haben (dies entspricht 31,56 % der gesamten Stichprobe). Nach eigenen Angaben haben 12,29 % der Befragten selbst eine Behinderung. 1,19 % der Teilnehmenden gaben an, selbst eine geistige Behinderung zu haben.

21. Auswertung: Clusteranalyse

Die Frage nach der Einstellung der Gesamtbevölkerung zu Inklusion wurde über die Durchführung einer Clusteranalyse operationalisiert, die sich im Wesentlichen dadurch kennzeichnet, dass innerhalb des Datensatzes nach signifikanten Antwortungsmustern (Clustern) gesucht wird, die in der Folge klassifiziert und beschrieben werden. Die Grundlage für die Clus-